

2024-10-08

Antideutscher Rassismus „unserer“ Regierung

Die Zerstörung der humanen Gesellschaft



„Kollektives Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft“ (Kinder- und Jugendbericht)

Kommentar von Martia Binnig

Vor wenigen Wochen veröffentlichte die Bundesregierung ihren jährlichen Kinder- und Jugendbericht, dem zu entnehmen ist, dass fast die Hälfte aller Kinder unter sechs Jahren in einer Einwanderungsfamilie lebt. Tendenz steigend. Die Sachverständigenkommission, die den 632 Seiten umfassenden Bericht erstellt hat, bewertet darin Einwanderung ausschließlich positiv und sieht in ihr einen volkswirtschaftlichen Stabilisator. So sei die Bundesrepublik bereits seit ihrer Gründung ein durch Einwanderung geprägtes und hierdurch maßgeblich in seinem Wohlstand abgesichertes Land. Außerdem befindet die Kommission, dass die deutsche Gesellschaft weiterhin auf hohe Einwanderungsraten angewiesen ist – gleich welchen Ursprungs. Und sie stellt fest, dass Menschen mit Einwanderungsbiografie absehbar sowieso die Mehrheit der jungen und schließlich der gesamten Bevölkerung Deutschlands ausmachen werden. Daher lehnt die Sachverständigenkommission, die übrigens überwiegend aus Hochschulprofessoren mit autochthon deutsch klingenden Namen besteht, den Begriff „Migrationshintergrund“ ab und spricht lieber von einem „kollektiven Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft“. Integration muss nach ihrer Auffassung nämlich als beidseitiger Prozess verstanden werden, der Anpassungen sowohl von der aufnehmenden Gesellschaft als auch von den Einwanderern verlangt. Eine „offene Gesellschaft“, die diesen Namen wirklich verdient, müsse bereit sein, bisher gängige Regeln an veränderte Bedingungen des Zusammenlebens anzupassen.

Besonders sorgen sich die Sachverständigen um junge Menschen, die in Regionen mit niedrigen Einwanderungsraten leben und dadurch von der „Kollektiverfahrung des Aufwachsens in einer Einwanderungsgesellschaft“ ausgeschlossen werden. Dabei denken sie vor allem an einige ländliche Gegenden Ostdeutschlands. Hier sehen sie die Gefahr, dass Kinder und Jugendliche in einer Parallelgesellschaft groß werden: nämlich in einer bio-deutschen Blase. Die nahezu ausschließlich an westdeutschen Hochschulen lehrenden Damen und Herren Professoren, die über entsprechende finanzielle Bezüge verfügen und ihre eigenen Kinder vermutlich nicht auf Brennpunktschulen schicken, attestieren der ost-deutschen Jugend tatsächlich allen Ernstes, dass sie in der Einwanderungsgesellschaft

noch nicht angekommen sei. Ihrer Ansicht nach verläuft die Grenze zwischen „bereits gesellschaftlich angekommenen“ und „noch wenig angekommenen“ Menschen schließlich nicht mehr entlang althergebrachter Unterscheidungen von Ethnie, Nationalität und Kultur. Sie kritisieren vielmehr, dass Integration einseitig von jungen Menschen mit Einwanderungsbiografie erwartet und dabei suggeriert wird, dass diese von außen kommen, während auf der anderen Seite junge Menschen konstruiert werden, die angeblich „schon immer dagewesen“ sind. Eine solche Sichtweise stufen die Sachverständigen als ethnozentrisch oder sogar in einer bedenklichen Weise als völkisch ein.

Das größte Feindbild stellt für die Sachverständigenkommission daher eindeutig die AfD dar, deren „rechtsextremistische Positionen“ mittlerweile sogar von Führungspersonen aus „ansonsten demokratisch gefestigten Parteien“ übernommen würden. Dabei sei es moralisch zu verurteilen, wenn Politiker forderten, dass diejenigen, die später dazugekommen seien, sich an die Fiktion eines alten, etablierten und homogenen Gefüges anpassen müssten. Lapidar bemerken die Verfasser des Berichts, dass Vorstellungen von einer monolingual deutschsprachigen Mehrheitsgesellschaft allenfalls mittelfristig noch realitätskonform seien. Sie kreiden ausdrücklich an, dass insbesondere junge Menschen, die als deutsch-arabisch „gelesen“ werden, massiven Diskriminierungen ausgesetzt seien. Und wer sich von Geflüchteten bedroht fühlt, macht in den Augen der Kommission lediglich Menschen, die über ein Minimum an Ressourcen verfügen, für eigene Ängste verantwortlich. Dass gerade bei Gewaltverbrechen laut offizieller Polizeilicher Kriminalstatistik Täter nichtdeutscher Herkunft deutlich überrepräsentiert sind, blenden die Sachverständigen lieber aus. Die Folgen ihrer realitätsfernen Ideologie einer grenzenlosen Welt müssen sie ja auch nicht selbst ausbaden. Jedenfalls noch nicht.